

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Verbandsgemeinderates**  
**der Verbandsgemeinde Zell (Mosel)**  
 am Donnerstag, den 17.10.2007 – 16.00 Uhr  
 im Sitzungssaal der Verbandsgemeindeverwaltung Zell (Mosel)

Der Verbandsgemeinderat hat unter Vorsitz von Bürgermeister **Karl Heinz Simon** folgendes beraten und beschlossen:

**Anwesenheit:**

Name	Anwe- send
Jullien, Herbert	<input checked="" type="checkbox"/>
Goergen, Kurt-Friedrich	<input checked="" type="checkbox"/>
Schardt, Hermann	<input checked="" type="checkbox"/>
Schwarz, Hans	<input checked="" type="checkbox"/>
Hastenpflug, Jürgen	<input checked="" type="checkbox"/>
Gibbert, Marlene	<input checked="" type="checkbox"/>
Gippert, Karl-Otto	<input type="checkbox"/>
Baltes, Heidrun	<input type="checkbox"/>
Beuren, Karl-Heinz	<input checked="" type="checkbox"/>
Klemm, Lothar	<input checked="" type="checkbox"/>
Haas, Armin	<input checked="" type="checkbox"/>
Gibbert, Ewald	<input checked="" type="checkbox"/>
Zimmer, Werner	<input checked="" type="checkbox"/>
Menten, Wolfgang	<input checked="" type="checkbox"/>
Pielen, Peter	<input checked="" type="checkbox"/>
Michel, Adolf	<input checked="" type="checkbox"/>
Müller, Matthias	<input checked="" type="checkbox"/>
Mathis, Bernhard	<input checked="" type="checkbox"/>
Hallebach, Johannes	<input checked="" type="checkbox"/>
Dr. Regh, Christoph	<input checked="" type="checkbox"/>
Esser, Mechthilde	<input checked="" type="checkbox"/>
Goldschmidt, Edgar	<input checked="" type="checkbox"/>
Dr. Rink, Markus	<input type="checkbox"/>
Gesthüsen, Brigitte	<input checked="" type="checkbox"/>
Justen, Walter	<input checked="" type="checkbox"/>
Schneider, Lothar	<input checked="" type="checkbox"/>
Schumacher, Willi	<input type="checkbox"/>
Butzen, Björn	<input checked="" type="checkbox"/>
Krämer, Thomas	<input type="checkbox"/>
Lawen, Doris	<input checked="" type="checkbox"/>
Dr. Schuh, Hans-Georg	<input checked="" type="checkbox"/>
Dr. Schweig, Roman	<input type="checkbox"/>

**Beigeordnete:**

Hansen, Alois	<input checked="" type="checkbox"/>
Scheid, Horst	<input checked="" type="checkbox"/>
Bertgen, Jakob	<input checked="" type="checkbox"/>

Außerdem nehmen die Ortsbürgermeister – soweit sie nicht Ratsmitglied sind – mit beratender Stimme wie folgt teil:

Name	Anwe- send
Klein, Wolfgang, Altlay	<input type="checkbox"/>
Hansen, Jochen, Blankenrath	<input checked="" type="checkbox"/>
Kölzer, Reinhold, Forst	<input checked="" type="checkbox"/>
Theis, Udo, Grenderich	<input checked="" type="checkbox"/>
Brand, Berthold, Haserich	<input checked="" type="checkbox"/>
Wilhelms, Manfred, Hesweiler	<input type="checkbox"/>
Theisen, Walter, Liesenich	<input checked="" type="checkbox"/>
Karl-Heinz Etges, Mittelstrimmig	<input checked="" type="checkbox"/>
Adelbert Reis, Moritzheim	<input checked="" type="checkbox"/>
Scheid, Winfried, Neef	<input checked="" type="checkbox"/>
Theisen, Winfried, Panzweiler	<input type="checkbox"/>
Mähser, Kurt, Peterswald-L.	<input type="checkbox"/>
Theisen, Erich, Reidenhausen	<input checked="" type="checkbox"/>
Lay, Werner, Pünderich	<input type="checkbox"/>
Gietz, Helmut, St. Aldegund	<input checked="" type="checkbox"/>
München, Rudolf, Schauren	<input checked="" type="checkbox"/>
Lehnert, Wilhelm, Sosberg	<input checked="" type="checkbox"/>
Daubner, Richard, Tellig	<input type="checkbox"/>
Barden, Egon, Walhausen	<input type="checkbox"/>
Bamberg, Jürgen, Zell	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Tagesordnung wird anschließend wie folgt abgewickelt:

### **Punkt 1**

#### **Einwohnerfragestunde**

Von den Einwohnern werden keine Fragen gestellt. Schriftliche Anfragen liegen der Verwaltung nicht vor

### **Punkt 2**

#### **Initiative gegen Bahnlärm auf der Moselstrecke der Bahn;**

Unterstützung der „Cochemer Erklärung“

Aufgrund einer Anregung in der Dienstbesprechung der hauptamtlichen Bürgermeister des Landkreises Cochem-Zell mit Herrn Landrat Huwer zur Weiterverfolgung des Themas „Bahnlärm“ fand am 24.05.2007 in der Kreisverwaltung in Cochem eine Besprechung der Herren Landräte Huwer (Landkreis Cochem-Zell) und Berg-Winters, (Landkreis Mayen-Koblenz) sowie der Herren Bürgermeister Seibeld (VG Untermosel), Schnur (VG Treis-Karden), Hilken (Stadt Cochem), Probst (VG Cochem-Land) sowie dem Unterzeichneten statt.

In dieser Besprechung wurde über eine gemeinsame Initiative gegen den Bahnlärm auf der Moselstrecke der Deutschen Bahn beraten. Hierbei wurde die nachstehende Resolution erarbeitet, in welcher Forderungen zur Überprüfung der Gleise, zur Durchsetzung der baulichen Lärmschutzmaßnahmen sowie zum Einsatz der Eisenbahnwagons sowohl an die Bahn als auch an die verantwortlichen Stellen auf europäischer, auf Bundes- und Landesebene gerichtet werden.

Zum weiteren Vorgehen ist abgesprochen worden, dass diese EntschlieÙung in den beiden Kreistagen, den betreffenden Gemeinderäten, dem Stadtrat Cochem und auch in den Verbandsgemeinderäten vorgelegt werden soll.

Neben der Beratung in den kommunalen Gremien soll diese EntschlieÙung jedoch auch als Unterschriftenliste für die betroffene Öffentlichkeit (Bürgerschaft und Urlaubsgäste) ausgelegt werden, um damit der EntschlieÙung noch mehr Nachdruck zu verleihen. Dies ist zwischenzeitlich erfolgt.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 04. Juli dem Verbandsgemeinderat empfohlen, der „Cochemer Erklärung“ ebenfalls beizutreten.

#### **BESCHLUSS:**

Der Verbandsgemeinderat beschließt, der „Cochemer Erklärung“ zum Thema Bahnlärm beizutreten.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig**

#### **Anlage zu Punkt 2**

### **Cochemer Erklärung**

Forderungen auf schnellstmögliche Reduzierung des Bahnlärms auf der Schienenstrecke entlang der Mosel

Die Landräte der Landkreise Cochem-Zell und Mayen-Koblenz, Eckhard Huwer und Albert Berg-Winters, die Bürgermeister der Stadt Cochem, Herbert Hilken, der Verbandsgemeinden Cochem-Land, Helmut Probst, Treis-Karden, Manfred Schnur, Untermosel, Bruno Seibeld und Zell/Mosel, Karl-Heinz Simon haben in einer gemeinsamen Erklärung folgende EntschlieÙung verabschiedet:

Die Bahnstrecke entlang der Mosel ist eine wichtige innereuropäische Verkehrsverbindung - insbesondere für den Güterverkehr - zwischen dem französischen und luxemburgischen Raum und den Industrieregionen in der Bundesrepublik. Täglich verkehren mehr als 150 Personen- und Güterzüge auf dieser Strecke. Eine Prognose der Deutschen Bahn AG geht bis zum Jahre 2015 von einer weiteren Zunahme des Güterverkehrs um 37 % aus. Darüber hinaus wird sich das Verkehrsaufkommen der Moselstrecke durch den Bau der zweiten Röhre im Kaiser-Wilhelm-Tunnel weiter erhöhen. Ein Großteil des Güterverkehrs wird in den Nachtstunden abgewickelt.

Die hohe Auslastung der Strecke führt wegen ihrer historisch bedingten Führung durch das enge Moseltal und die Ortslagen zu einer unerträglichen Belastung der Anlieger und Gäste. Durch den Schienenverkehr und die mangelhafte Strecke, aber auch wegen veralteter Transportmittel haben Erschütterungen, Lärm und Staub erheblich zugenommen. Den Preis dafür zahlen die Anliegergemeinden und die hier lebenden Menschen. Die Wohn- und Aufenthaltsqualität für Touristen, die Standortqualität für Betriebe und damit die Entwicklung der Gemeinden auf beiden Seiten des Moseltales wird dadurch einschneidend beeinträchtigt. Besonders negativ sind diese Auswirkungen für den Tourismus, was daraus ersichtlich ist, dass die Übernachtungszahlen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sind.

Aus all diesen Gründen ist es unumgänglich notwendig, den Bahnlärm zu reduzieren und die Wohn- und Lebenssituation für die Menschen erträglicher zu machen. Folgende Maßnahmen sind möglich und müssen schnell umgesetzt werden:

1. Die Förderung und der Einsatz lärmmindernder und schwingungsdämpfender Materialien und Techniken für das Schienennetz sind voranzutreiben; lärmverursachende Einbauten, wie nicht benötigte Weichen, sind auszubauen.
2. Die Gleise müssen regelmäßig überwacht und gewartet werden.
3. Die Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen des Programms "Maßnahmen zur Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes" sind konsequent umzusetzen.
4. Die Umrüstung auf neueres Material bei Güterwaggons und Lokomotiven, insbesondere der Bremstechnik, ist schnellstmöglich vorzunehmen, weil dadurch eine erhebliche Lärmreduzierung ermöglicht wird.
5. Bei Zulassung von europäischen Nutzern der Strecke ist der höchstmögliche Standard für einen lärmreduzierten Transport durch den Erlass europäischer Regelungen zu fordern.
6. Durch die kurzfristige Entwicklung und Einführung eines differenzierten Trassenentgeltes in Abhängigkeit von der Lärmemission des eingesetzten Wagenmaterials und dem Stand der Wagentechnik kann der Anreiz zur Umrüstung verstärkt werden.

Diese Maßnahmen können alle kurzfristig umgesetzt werden, wenn der Bahn zweckgebundene zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Deshalb sollten dem Unternehmen Anteile aus der LKW-Maut zur Verfügung gestellt werden.

Die Menschen entlang der Mosel-Bahnstrecke erwarten, dass alles getan wird, damit sie vor Lärm geschützt und damit vor gesundheitlichen Gefahren bewahrt werden.

Die unterzeichnenden Moselschienenanlieger fordern die Europäische Union, die Bundesregierung, die Landesregierung von Rheinland-Pfalz und die Deutsche Bahn AG auf, über das bestehende Lärmsanierungsprogramm hinaus weitere Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung, insbesondere durch den Schienengüterverkehr, zu ergreifen. Hierzu sind alle technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu prüfen, anzupassen und in effektive Schutzmaßnahmen umzusetzen. Dabei nehmen die Unterzeichner dieser Erklärung alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Bundestages und des Landtages von Rheinland-Pfalz in die Pflicht, sich für die Menschen im Moseltal einzusetzen.

### **Punkt 3**

**Neuerrichtung eines Feuerwehrgerätehauses in der Gemeinde Mittelstrimmig;  
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe**

#### **BESCHLUSS:**

Der Verbandsgemeinderat nimmt die Auftragsvergaben zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Mittelstrimmig durch eine Eilentscheidung des Bürgermeisters zustimmend zur Kenntnis und stimmt gleichzeitig den überplanmäßigen Ausgaben von voraussichtlich 30.000 € zu.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

#### **Punkt 4**

#### **Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) für das Haushaltsjahr 2006**

Die Jahresrechnung der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) für das Haushaltsjahr 2006 schließt wie folgt ab:

I.	<u>Verwaltungshaushalt</u>	
	Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben	6.703.296,78 €
II.	<u>Vermögenshaushalt</u>	
	Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben	1.068.527,21 €
III.	<u>Gesamtabschluss (Verwaltungs- und Vermögenshaushalt)</u>	
	Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben	7.771.823,99 €

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Jahresrechnung am 26.09.2007 geprüft. Er hat vorgeschlagen, dem Bürgermeister und den Beigeordneten, soweit sie den Bürgermeister vertreten haben, zur Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2006 Entlastung zu erteilen.

Die Niederschrift über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses liegt den Mitgliedern des Verbandsgemeinderates vor.

#### **BESCHLUSS:**

Der Verbandsgemeinderat beschließt,

1. das Ergebnis der Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses anzuerkennen und auf eine zusätzliche Prüfung zu verzichten,
2. dem Bürgermeister und den Beigeordneten, soweit sie den Bürgermeister vertreten haben, Entlastung zu erteilen,
3. den entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben, soweit hierfür kein spezieller Beschluss vorliegt, noch nachträglich zuzustimmen.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig**

#### **Punkt 5**

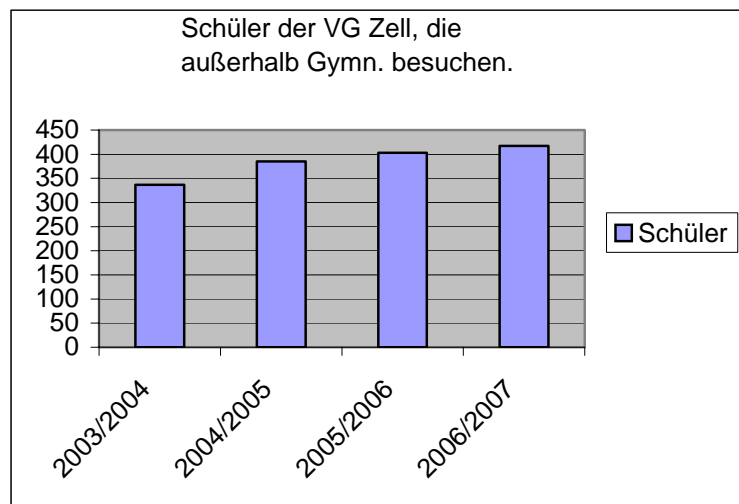
#### **Errichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) am Standort Zell**

##### *1. Vorbemerkungen*

Der Landkreis Cochem-Zell und die Verbandsgemeinde Zell bemühen sich seit vielen Jahren um eine Verbesserung der schulischen Situation am Standort Zell.

Anträge auf Errichtung eines Wirtschaftsgymnasiums bzw. eines beruflichen Gymnasiums mit der Möglichkeit die (Allgemeine) Hochschulreife zu erwerben oder auch die Einrichtung einer gemeinsamen Orientierungsstufe von Haupt- und Realschule hatten aus unterschiedlichen Gründen keinen Erfolg. So wurde z.B. in der Vergangenheit von den Schulbehörden immer wieder darauf hingewiesen, dass durch die Möglichkeit des Ablegens des Abiturs in Zell benachbarte Gymnasien in ihrem Bestand gefährdet werden könnten.

In der Zwischenzeit hat sich die Schulsituation am Standort Zell insofern weiter zugespitzt, als vor allem die Hauptschule immer weniger Schüler hat und sogar die Einzügigkeit gefährdet ist. Im Gegensatz dazu gibt es einen stetig steigenden Zulauf zu den Gymnasien; so wandern in den letzten Jahren in jedem Schuljahr mehr als 50 Schüler zu den benachbarten Gymnasien ab.



Vor diesem Hintergrund ist die Idee der Errichtung einer Integrierten Gesamtschule entstanden.

## 2. Schülerpotenzial, aktuelle Anmeldezahl und Feststellung des Bedarfs

Nach den vorliegenden Schülerzahlen und Prognosen für die nächsten Jahre liegt die Zahl der Schülerinnen und Schüler der 4. Grundschulklassen in der Verbandsgemeinde Zell im Durchschnitt bei etwa 180 Kindern. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Jahre wandern jährlich etwa 50 Schüler an benachbarte Gymnasien ab. Zwischen 30 und 40 Schülerinnen und Schüler wechseln nach der Grundschule zur Regionalen Schule Blankenrath. An der Haupt- und Realschule in Zell werden etwa die Hälfte der Kinder eingeschult; d.h. etwa 90 – 100 Kinder besuchen die Schulen im Schulzentrum Zell-Kaimt. Diese Zahlen belegen, dass die Haupt- und Realschule alleine bereits über das für eine vierzügige IGS notwendige Schülerpotenzial verfügen. Von den „abwandernden“ Gymnasialschülern könnten in Zukunft etwa 30 Schülerinnen und Schüler an der IGS aufgenommen werden. Nach Auffassung der Verwaltung besteht auch ein ausreichendes Potenzial für die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe. In den letzten Jahren haben alleine an der Realschule in Zell im Durchschnitt 35 Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen eine Empfehlung für den Besuch einer gymnasialen Oberstufe bekommen. Zusammen mit dem Schülerpotenzial, das zur Zeit an andere Gymnasien in der Umgebung abwandert und den Abgangsschülern der Regionalen Schule Blankenrath mit einer entsprechenden Empfehlung, müsste die erforderliche Zahl von 50 Schülerinnen und Schülern erreicht werden. Die oben getroffenen Feststellungen zum Schülerpotenzial werden belegt durch die den Sitzungsunterlagen beigefügte Prognose über die Schülerentwicklung an der Hauptschule und der Realschule. Für das aktuelle Schuljahr sind entgegen den Erwartungen an der Realschule 59 und an der Hauptschule 20 Schülerinnen und Schüler angemeldet. Nach unserer Auffassung hängen die leicht reduzierten Schülerzahlen unmittelbar mit der aktuellen Diskussion um die Errichtung einer IGS zusammen. Bei Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule würden die Klassen des nächsten Schuljahres jeweils die letzten Klassen der aufzulösenden Hauptschule und Realschule bilden. Gemäß § 1 Absatz 2 IGSVO ist der Schulträger im Rahmen des Antragsverfahrens verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde festzustellen, ob der Wille der Eltern und die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die voraussichtlich angemeldet werden, die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule rechtfertigen.

In Abstimmung mit der Schulbehörde wurden die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten der Kinder in den 2. und 3. Klassen der Grundschulen in der Verbandsgemeinde Zell mit Schreiben vom 13. März 2007 über die beabsichtigte Errichtung einer Integrierten Gesamtschule am Schulstandort Zell unterrichtet. Diesem Elternbrief war ein Fragebogen beigelegt, in dem die Eltern die Frage beantworten sollten, ob sie ihre Kinder nach der möglichen Errichtung einer Integrierten Gesamtschule am Schulzentrum Zell in der 5. Klasse der IGS anmelden würden

Der Elternbefragung war eine Informationsveranstaltung zur Schulform Integrierte Gesamtschule in Zell am 08.03.2007 in der Stadthalle Zell vorausgegangen. In der Veranstaltung wurden über 250 Interessierte u.a. von Vertretern des Ministeriums, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, den Schulleitungen der Hauptschule und der Realschule sowie der Leiterin der Integrierten Gesamtschule Koblenz über die Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Schulstandortes Zell durch Errichtung einer Integrierten Gesamtschule informiert.

Nach § 13 Abs. 2 SchulG, muss eine IGS grundsätzlich 4-zügig sein. Das heißt es müssen mindestens 91 Schülerinnen und Schüler an der Schule angemeldet werden. Das Ergebnis der Elternbefragung bestätigt, dass ein schulisches Bedürfnis für die Errichtung einer IGS am Standort Zell vorliegt.

Von den Schülern des jetzigen 3. Schuljahres haben 104 Eltern erklärt, ihr Kind an der IGS Zell anmelden zu wollen. Von den Schülern des jetzigen 4. Schuljahres haben 98 Eltern erklärt, ihr Kind an der IGS Zell anmelden zu wollen.

### *3. Beteiligung der kommunalen Gremien, Anhörung des Schulträgersausschusses*

Nach einem internen Abstimmungsgespräch zwischen den Schulleitungen der Haupt- und Realschule Zell sowie den Schulträgern fand am 21.11.2006 ein weiteres Gespräch der Kreisbeigeordneten und Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Parteien gemeinsam mit den entsprechenden Vertretern der Verbandsgemeinde Zell sowie den Schulleitern der Haupt- und Realschule Zell zum Thema Schulstandort Zell statt. Bei diesem Gespräch zeigte sich, dass alle Gesprächsteilnehmer einer Integrierten Gesamtschule positiv gegenüber standen. Es wurde vereinbart, ein weiteres Gespräch mit den zuständigen Vertretern aus dem Bildungsministerium und der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion zu führen.

Am 08.01.2007 fand daraufhin ein weiteres Gespräch mit den kommunalpolitischen Vertretern sowie Herrn Ministerialdirigenten Karl-Heinz Held und dem Präsidenten der ADD, Dr. Josef Peter Mertes statt. Dabei versicherten die Vertreter des Ministeriums und der ADD, dass sie dem Projekt der Errichtung einer Integrierten Gesamtschule in Zell positiv gegenüber stünden bzw. den Errichtungsantrag positiv begleiten würden. Anlässlich des Gesprächs wurde sich darauf verständigt, nach einer Informationsveranstaltung für die Lehrer der beiden Schulen zunächst eine Elterninformationsveranstaltung und im Anschluss daran eine Elternbefragung durchzuführen.

Die Kreisverwaltung sowie Verbandsgemeindeverwaltung Zell hatten zur Fristwahrung mit Schreiben vom 28.03.2007 auf der Grundlage der bis dahin geführten Gespräche und des ermittelten Schülerpotenzials beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur die Errichtung einer Integrierten Gesamtschule am bisherigen Standort der Haupt- und Realschule Zell im Schulzentrum Zell-Kaimt beantragt.

Der Antrag wurde unter dem Vorbehalt der Zustimmung der kommunalen Gremien gestellt.

Der Ausschuss für Schulen und Kultur, Kreisausschuss, Schulträgersausschuss und Hauptausschuss der Verbandsgemeinde Zell haben in einer gemeinsamen Sitzung am 03.05.2007 der Errichtung einer IGS am Standort Zell zugestimmt.

#### 4. Integrierte Gesamtschule als Ganztagschule

Zwischenzeitlich wurden die Mitglieder einer Planungsgruppe berufen, die alle notwendigen pädagogischen und organisatorischen Fragen auch unter Beteiligung des Schulträgers klären sollen. Diese Planergruppe hat dringend empfohlen, die Integrierte Gesamtschule von Anfang an als Ganztagschule einzurichten. Dem haben auch die Schulleitungen der Realschule und der Hauptschule zugestimmt.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass damit das schulische Angebot am Standort Zell bedarfsgerecht und zukunftsorientiert weiterentwickelt wird und empfiehlt dem Verbandsgemeinderat, der Einrichtung einer Ganztagschule zuzustimmen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 24.09.2007 der Errichtung der IGS als Ganztagschule zugestimmt.

Die erforderlichen finanziellen Mittel für die notwendigen baulichen Um- bzw. Erweiterungsmaßnahmen im Schulzentrum Zell und die laufenden Kosten werden vom Landkreis Cochem-Zell und der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) getragen. Ob in diesem Zusammenhang ein Zweckverband Träger und Kostenträger der IGS werden soll oder ob eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung die Beziehungen der beiden bisherigen Schulträger regelt, soll zu gegebener Zeit zwischen den Beteiligten geklärt werden.

#### **BESCHLUSS:**

- 1.) Der Verbandsgemeinderat stimmt der Errichtung einer Integrierten Gesamtschule in Zell (Mosel) unter gleichzeitiger Aufhebung der Realschule und der Hauptschule Zell zu.
- 2.) Der Verbandsgemeinderat ist damit einverstanden, dass die IGS als Ganztagschule gebildet wird.

#### **Abstimmungsergebnis: einstimmig**

#### **Punkt 6.1**

##### **Mitteilungen und Anfragen; Ernennung Schiedsmann**

Der Verbandsgemeinderat hatte in seiner Sitzung am 31.05.2007 Herrn Kurt-Friedrich Görden aus Zell-Kaimt als Schiedsmann für den Schiedsbezirk Zell, bestehend aus den Gemeinden Alf, Altlay, Bullay, Neef, St. Aldegund und der Stadt Zell (Mosel), vorgeschlagen.

Der Direktor des Amtsgerichts Cochem hat am 06.07.2007 Herrn Görden mit einer Amtszeit von fünf Jahren zum Schiedsmann ernannt.

#### **Punkt 6.2**

##### **Anfragen / Mitteilungen**

##### **Bewilligung einer Pauschalförderung im Rahmen des Ganztagschulprogramms des Landes Rheinland-Pfalz in Höhe von insgesamt 105.000 € für notwendige Investitionen für die neue Ganztagschule an der Grund- und Regionalen Schule Blankenrath**

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur in Mainz hat der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) auf der Grundlage des Antrages vom 03.07.2007 mit Bescheiden vom 02.08. und 03.08.2007 aus Mitteln des Ganztagschulprogramms des Landes Rheinland-Pfalz eine Pauschalförderung sowohl in Höhe von 40.000 € für die Grundschule als auch von 65.000 € für die Regionale Schule Blankenrath bewilligt. Die im weiteren mit jeweils 10.000 € beantragten Mittel für die Einrichtung einer Lesecke sowohl für die Grundschule als auch für die Regionale Schule werden mit gesondertem Bescheid zugewiesen.



Die Durchführung des förmlichen Zuwendungs- und Auszahlungsverfahrens obliegt nach Mitteilung des Ministeriums jedoch der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion in Trier als zuständige Behörde. Dieser ist grundsätzlich per Fax mitzuteilen, zu welchem Zeitpunkt die Mittel benötigt werden und der entsprechende Zuwendungsbescheid erteilt werden soll. Da im Schulgebäude in Blankenrath keine neuen Räume gebaut werden müssen, sondern einzelne Räume vielmehr „nur“ umgenutzt und hierdurch lediglich kleinere räumliche Anpassungen (Erneuerung Fußböden, Anstriche etc.) notwendig werden, möchte die Schule die notwendigen Ausstattungsinvestitionen etc. mit Blick auf einen reibungslosen und geregelten Ganztags schulbetrieb möglichst umgehend komplett umsetzen. Zudem ist ein Teil der bewilligten Zuwendung auch für die Einrichtung bzw. Ergänzung der Verteilerküche und der angrenzenden Mensa vorgesehen. Die hierfür notwendigen Gegenstände und Arbeiten wurden zwischenzeitlich auch schon beschafft bzw. veranlasst. Auch das von der Schule gewünschte Großspielgerät für die Außenanlagen mit einem Kostenvolumen von rd. 20.000 € wurde zwischenzeitlich ausgeschrieben und der Auftrag vergeben.

Die Verwaltung hatte daher der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion mitgeteilt, dass ein kompletter Abruf der Mittel sicherlich noch in diesem Kalenderjahr vorgenommen werden wird. Die formellen Zuwendungsbescheide wurden seitens der ADD dann auch am 14.08.2007 erlassen; hiernach ist ein Mittelabruf im Haushaltsjahr 2007 in voller Höhe möglich.

### **Punkt 6.3**

#### **Mitteilungen und Anfragen;**

#### **Einführung eines digitalen Sprech- und Datenfunksystems für die BOS in Rheinland-Pfalz**

Nach jahrelanger Diskussion über die Einführung des bundesweiten einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunksystems für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), d.h. für die Polizei, die Verfassungsschutzbehörden, den Zoll, das Technische Hilfswerk und auf kommunaler Ebene für die Feuerwehren, Rettungsdienste und Katastrophenschutzverwaltungen, nimmt der Digitalfunk nunmehr konkretere Formen an.

In der Innenministerkonferenz der Länder am 01.06.2007 wurde das Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern beim Aufbau und Betrieb des Digitalfunks für die BOS unterzeichnet. Neben der Zusammenarbeit regelt das Verwaltungsabkommen die Finanzierung des Digitalfunks und die Beteiligung der Länder an der Arbeit der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS). Mit der Unterzeichnung des Verwaltungsabkommen rückt die Einführung des Digitalfunks einen Schritt näher. Die Staatssekretäre der Innenministerien des Bundes und der Länder bekräftigten wiederholt, mit der Errichtung des Digitalfunknetzes für die BOS noch in diesem Jahr zu beginnen und den Aufbau bis 2010 fertig zu stellen.

#### **1. Geplante Vorgehensweise der Einführung des BOS-Digitalfunks in Rheinland-Pfalz – Sachstand**

Das Land plant, mit der Errichtung des Netzes im dritten Quartal 2008 zu beginnen. Es soll mit der Errichtung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems – zeitgleich mit dem Saarland – in zwei zeitlich gestaffelten Abschnitten von Norden nach Süden begonnen werden. Der Einsatz von digitalen Endgeräten des Sprech- und Datenfunknetzes im Bereich Nord soll voraussichtlich ab April 2009 möglich sein.

Ende letzten Jahres wurde bei der Zentralstelle für Polizeitechnik eine Projektgruppe eingerichtet, die alle in diesem Zusammenhang notwendigen Maßnahmen planen und umsetzen soll. Die Projektgruppe Digitalfunk untersteht der unmittelbaren Fachaufsicht des Ministeriums des Innern und für Sport. Die Projektgruppe Digitalfunk hat ihre Arbeit im Februar 2007 aufgenommen.

## 2. Voraussichtliche kostenrechtliche Auswirkungen

In der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe Digitalfunk beim Ministerium des Innern und für Sport am 09.05.2007 wurden nun erste konkrete Aussagen zu den kostenrechtlichen Auswirkungen für die Kommunen betreffend die Errichtung und den Betrieb des digitalen Sprech- und Datenfunknetzes und des digitalen Alarmierungsnetzes gemacht. Danach ergibt sich in Rheinland-Pfalz folgender aktueller Verhandlungsstand:

### - Gesamtkosten

Die Gesamtkosten für die Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems werden sich in Rheinland-Pfalz bis zum Jahre 2010 auf ca. 100 Mio. € belaufen. Die Gesamtkosten für die Alarmierung der überwiegend freiwillig-ehrenamtlichen Helfer im Brand- und Katastrophenschutz durch ein eigenes Alarmierungssystem werden hierbei auf ca. 40 Mio. € beziffert. Diese Kosten betreffen die Errichtung des Alarmierungsnetzes und die Beschaffung der digitalen Endgeräte und Meldeempfänger.

### - Investitions- und Betriebskosten

Die Kosten für die Errichtung und den Betrieb des digitalen Sprech- und Datenfunknetzes werden zu 100 v.H. durch das Land getragen. Das Land errichtet und betreibt auf seine Kosten das Netz, um eine vollständige Abdeckung der Fläche in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten und stellt es den Kommunen zur Verfügung.

### - Umrüstung der Leitstellen und Beschaffung der Endgeräte

Die Kosten für die Umrüstung der bestehenden Leitstellen und die Beschaffung der Endgeräte werden von den jeweiligen Bedarfsträgern getragen. Zur Förderung der Umrüstung bestehender Leitstellen und zur Förderung der Beschaffung der Endgeräte auf kommunaler Seite werden vom Land Fördermittel zur Verfügung gestellt. Es wird voraussichtlich eine zeitlich befristete Zuschussregelung geben, die sich auf drei bis vier Jahre erstreckt. Die tatsächliche Höhe dieser Fördermittel ist noch nicht abschließend geklärt. Es zeichnet sich die Bereitstellung von Fördermitteln in Höhe von 50 v.H. ab.

Hinsichtlich der Endgeräte wird seitens des Landes zurzeit von folgenden Kosten ausgegangen:

• Festgerät (FRT)	1.400,00 €
• Fahrzeuggerät (MRT)	1.300,00 €
• Handfunkgerät (HRT)	835,00 €

Zu den vorgenannten Gerätekosten kommen zusätzlich noch Kosten für Meldeempfänger und Empfangfunkanlagen für Sirenen. Eine Schätzung dieser Kosten ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

In der Verbandsgemeinde Zell sind derzeit folgende Geräte analoger Art im Einsatz, welche ausgetauscht werden sollen:

Geräteart	Anzahl	geschätzte Kosten
Festgeräte	6 Stück	8.400 €
Fahrzeugfunkgeräte	29 Stück	37.700 €
Handsprechfunkgeräte	60 Stück	50.100 €
Sirenen-Fernwirkempfänger	20 Stück	(noch keine Kosten-
Fernmeldeempfänger	42 Stück	schätzung möglich)

Im Hinblick auf die eingangs dargelegte zeitliche Planung der Umstellung müssen im Haushaltsjahr 2009 erste Mittel bereitgestellt werden. Eine Verteilung der Beschaffung auf mehrere Haushaltsjahre ist abhängig von der noch zu bestimmenden Übergangsfrist für die Umstellung.

#### **Punkt 6.4**

##### **Mitteilungen / Anfragen**

##### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende informiert über das **Leader+ Förderprogramm** und die hierfür gemeldeten Projekte aus dem Bereich der Verbandsgemeinde Zell (Mosel). Zu diesem Thema findet am 24. Oktober 2007 um 19 Uhr im Sitzungssaal der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) eine Informationsveranstaltung statt, zu der alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen sind. Dabei geht es darum, weitere Projektvorschläge für dieses Förderprogramm zu entwickeln.

Der Vorsitzende informierte den Rat, dass gemeinsam mit den Ortsbürgermeistern der Hunsrückgemeinden ein **Radwegekonzept für den Hunsrückbereich der Verbandsgemeinde Zell** erarbeitet worden ist. Dieses Konzept sieht einerseits eine Vernetzung der Gemeinden untereinander und andererseits auch überörtliche Verbindungen zur Mosel und in benachbarte Verbandsgemeinden vor.

Das Konzept gehe nunmehr in die Ortsgemeinden zur Feinabstimmung.

Darüber hinaus findet in den nächsten Tagen eine Besprechung mit dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kirchberg bezüglich der konkreten **Planung für eine durchgehende Radwegeverbindung von Zell über Kappel bis nach Kirn** statt.

Im Rahmen der Planung zur Errichtung eines **Mountainbike-Parcours in der Ferienregion Zeller Land** ist mittlerweile ein erster Streckenvorschlag ausgearbeitet worden, der – soweit Waldgebiete betroffen sind - mit den jeweiligen Jagdpächtern abgestimmt ist. Ziel des Projektes aus touristischer Sicht ist es, ein möglichst attraktives und breites Streckennetz auszuweisen, um Mountainbike-Sportler als Zielgruppe für die Ferienregion Zeller Land zu gewinnen.

Zwischen der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) und dem Personalrat der Verbandsgemeinde Zell (Mosel) wurde mit Wirkung vom 01.01.2007 eine **Dienstvereinbarung über die Einführung leistungsorientierter Entgeltbestandteile** abgeschlossen. Danach sollen ab dem Jahr 2008 Leistungsprämien vornehmlich auf der Grundlage von Zielvereinbarungen an die Mitarbeiter ausgezahlt werden.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass das **Bundeswehrmateriallager Kappel** für die weiteren Jahre in seinem Bestand gesichert ist. Das Depot wird als Kooperationsmodell von einem privaten Dienstleister und der Bundeswehrverwaltung betrieben. In die Verhandlungen über den Fortbestand waren auch die Ortsgemeinden Peterswald-Löffelscheid und Kappel als Grundstückseigentümer eingebunden.

### **Ärztliche Notdienstbereiche Blankenrath und Zell**

Die FWG-Fraktion beantragt, den Punkt „Verabschiedung einer Resolution zur Beibehaltung der derzeitigen Notdienstbereiche Zell und Blankenrath“ in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verbandsgemeinderates aufzunehmen. Hintergrund ist die Planung der kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, für beide Notdienstbereiche eine einheitliche Notrufnummer einzuführen, mit der möglichen Folge, dass für beide Bezirke nur noch ein Arzt den Notdienst besetzen könnte. Die Hintergründe des Antrags werden von Herrn Dr. Regh in einem Kurzvortrag erläutert.

Der Vorsitzende informiert auf Anfrage der CDU-Fraktion über den **Verfahrensstand** betreffend die Herausgabe des neuen **Gastgeberjournals für die „Ferienregion Zeller Land“**. Das im Entwurf entstellte Werk wurde zwischenzeitlich mit Korrekturvorschlägen an den Verlag zurückgereicht.

**Nicht öffentlicher Teil**